

Rezensionsartikel

Reinhart Kößler

Natur der Gesellschaft und gesellschaftliche Naturverhältnisse

William Beinart; JoAnn McGregor (Hg.): *Social History & African Environments*. Oxford: James Currey/Athens, Ohio: Ohio UP/Cape Town: David Philip 2003, 275 S.

Christoph Görg: *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2003, 345 S.

Ute Luig; Hans-Dietrich Schulz (Hg.): *Natur in der Moderne. Interdisziplinäre Ansichten*. Berlin: Geographisches Institut der Humboldt-Universität 2002, 276 S.

Auch wenn dies nicht immer erkannt und meist unzureichend reflektiert wird: Das sozioökonomische Entwicklungsdenken ist untrennbar mit Vorstellungen von Natur und mit Reflexion über sie verbunden. Dies geht bis auf die Ursprünge des Entwicklungsdiskurses in den Metaphern der Naturwissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts zurück (s. Kößler 1998:15-38). Die Rede über Gesellschaft mit Hilfe von Naturmetaphern reicht weit über den Entwicklungsdiskurs hinaus. Die hier ansetzende Kritik richtet sich gegen naturalistische Projektionen auf Gesellschaft ebenso wie umgekehrt gegen die Projektion gesellschaftlicher Zustände auf Natur. Weiter ist zu fragen, wie eigentlich die praktische Bezugnahme von Gesellschaft auf Natur sich zu den gesellschaftlichen Naturbegriffen, aber auch zur Dynamik der Gesellschaft selbst verhalte. Darin eingelassen ist die angesichts der Ökologie-Debatte aktualisierte Frage nach konkreten gesellschaftlichen Praxen im Umgang mit Natur. Auch hier zeigen sich sehr unterschiedliche Reflexionsniveaus: Zum einen ist es wichtig, ein möglichst breites Spektrum solcher Praxen zu erforschen und sich zu vergegenwärtigen, zum andern steht dann aber noch die anspruchsvollere Aufgabe aus, diese Praxen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Selbstverständnis der untersuchten Gesellschaften zu vermitteln. Ein weiteres, durchaus praxisrelevantes Thema, das auch in der aktuellen methodologischen Diskussion eine zentrale Rolle spielt, ist der Umgang mit

Komplexität. Dieses Problem begegnet spezifisch in verschiedenen Formen der Auseinandersetzung um Konzepte von Ganzheitlichkeit oder Holismus. Wie sich zeigen wird, lässt sich dies nicht einfach als organizistische Projektion auf Gesellschaft abtun. Auch besagt die Einsicht, dass Natur immer ein gesellschaftliches Konstrukt sei, noch wenig über die Reflexion gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Ebenso kann sie das Dilemma von „Naturschutz“ zwar explizieren, enthebt aber nicht von schwierigen praktischen Wahlentscheidungen.

Die angerissenen Fragestellungen sollen anhand dreier recht unterschiedlicher neuerer Publikationen näher erläutert werden. Dabei geht es zunächst um die kritische Frage nach unterschiedlichen gesellschaftlichen Konstrukten von Natur. In einem weiteren Schritt wird die angedeutete kritische Ebene der Reflexion gesellschaftlicher Naturverhältnisse ausführlicher beleuchtet. Gerade die Auseinandersetzung mit dem Zentralproblem der Komplexität erweist sich als wesentliche, jedoch keineswegs ausschließliche verbindende Thematik.

Natur der Gesellschaft

Gesellschaftliche Natur-Konstrukte werden in dem von *Ute Luig* und *Hans-Dieter Schultz* auf der Grundlage einer Berliner Ringvorlesung aus der multidisziplinären Perspektive des Themas Natur als „eine(r) der letzten ‘großen Erzählungen’“ (Luig, 6) untersucht. Den Zusammenhang zwischen spezifischen Bildern oder Konstruktionen von Natur einerseits und politischen Orientierungen andererseits verdeutlichen zunächst Naturbegriffe der Geographie. *Gerhard Hard* zeigt, wie das Paradigma eines kulturalistischen, romantisch geprägten Naturverständnisses, das im 19. und großenteils im 20. Jahrhundert die Geographie zumal in Deutschland geprägt hatte, unter den Bemühungen „verdampfte“, vor allem seine Blindheit gegenüber den Realitäten von Industrialisierung und Weltmarkt zu beheben (78). Dennoch erwiesen sich „der Zauber und die Inspiration der ‘Idee der Landschaft’“ (82) bis in die Gegenwart hinein als überaus hartnäckig. Was das bedeutet, zeigt die ausführliche Darstellung des Verhältnisses von „Raum“ und „Volk“ in der „deutschsprachigen Geographie“ von *Hans-Dietrich Schultz*. Wer hier allein an die ältere Klimatheorie, etwa Montesquieu und Hegel zur Völkerpsychologie oder auch an völkische Vorstellungen von natürlichen Grenzen insbesondere Deutschlands denkt, muss anhand von Positionen so prominenter deutschsprachiger Psychologen und Pädagogen wie C.G. Jung oder Eduard Spranger, aber auch noch von Karl Meyer-Abich 1999 über die enge Verbindung zwischen Landschaftsformen und „Mentalität“ (102) erkennen, dass dies weniger obsolet und skurril ist, als man auf den ersten Blick wünschen mag. Die Hypostasierung und Naturalisierung kultureller und gesellschaftlicher Zusammenhänge, zugespitzt auch im Konzept der „‘Wahlverwandtschaft’ von Land und

Volk“ (93ff), verweist schließlich auf Konzepte von „Blut und Boden“. Zu allem findet sich hier ein reiches Florilegium befürwortender, aber auch ablehnender Stimmen, und zumal die Prominenz einiger der erstgenannten muss erschüttern. Weiter verband sich dies gerade im Kontext der Nazi-Ideologie sowohl mit der Berufung auf eherner Naturgesetze (vgl. 107), wie auch mit einer gegebenenfalls rassistisch weiter begründeten Fortschrittsideologie, die wiederum klimatheoretisch die weltweite Sonderstellung Europas begründen und rechtfertigen sollte (vgl. bes. S. 135f). Mag all dies als eher abwegig erscheinen, so ist doch zu bedenken, dass die „Erdoberfläche ... als räumliche Sinndeponie für soziale Prozesse“ und damit als Scheinobjektivierung von Ordnungsvorstellungen wie von politischen Zielsetzungen durchaus nicht ausgedient hat (139f). Gerade neuere Debatten im Kontext von ökologisch orientierter Politik tun gut daran, sich gerade an Implikationen einiger zunächst einleuchtend oder sympathisch erscheinender Postulate ein wenig abzuarbeiten.

Die verbreitete Forderung nach „Ganzheitlichkeit“ ist hier besonders bedeutsam. *Kurt Jax* verfolgt den „Holismus“ anhand organizistischer Gleichgewichtsmodelle in der ökologischen Diskussion bis ins späte 19. Jahrhundert zurück. Grundlage sei die unzulässige Verknüpfung zwischen romantischer Philosophie und naturwissenschaftlicher Beobachtung. Der Übergang zu dem neueren Paradigma des „Flusses der Natur“ scheint aber auch nicht die Schwierigkeit zu lösen, zwischen den Folgen menschlicher Eingriffe in das Naturgeschehen und den Ergebnissen seiner spontanen Dynamik zu unterscheiden – eine Grundfrage für jeglichen „Naturschutz“. Die unverkennbaren Anklänge des „Holismus“ an die Systemtheorie sind eine hier nicht erörterte, weitergehende Fragestellung.

Welche Probleme im Postulat des Naturschutzes stecken, zeigt die Geschichte des „Trauerns um Dodo“ oder Dronte, jene auf Mauritius beheimatete Laufvogelart, die nach allgemeiner Auffassung innerhalb eines knappen Jahrhunderts nach der Ankunft europäischer Schiffsbesatzungen ausgerottet wurde. *Georg Menting* und *Gerhard Hard* sezieren die diversen Mythen um den Dronte und allgemein um das Aussterben von Tierarten. Auch hier spielen Ganzheitsvorstellungen eine wesentliche Rolle. So nahm u.a. der prominente Evolutionstheoretiker *Stephen J. Gould* an, mit der Ausrottung dieser Vogelart sei zugleich der Reproduktionszyklus des Calvariabaumes zusammengebrochen. Die Existenz junger Calvariabäume hat dies empirisch widerlegt. Zugleich fand der Dronte geradezu als Metapher für die „Vertreibung aus dem Paradies“ (232) Eingang in die umweltbezogene Ikonographie. Naturschutz erhält so eine Aura „narzißtischer Trauerarbeit“ (234), die von Realitäten durchaus losgelöst funktionieren kann. Bei allem Vergnügen an der Destruktion großartig daher kommender Mythen bleibt freilich offen, wie natürliche und gesellschaftliche Systeme zu konzeptionalisieren und miteinander in Beziehung zu setzen sind.

Welche Fallstricke sich im Naturschutzkonzept verbergen, zeigt auch *Götz Frömming* anhand der Entstehungsgeschichte der deutschen Natur- und Heimatschutzbewegung. Ihre Organisationen haben sich 1933 ganz überwiegend freudig von den Nazis gleichschalten lassen. Doch bereits in ihren Anfängen zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die romantisierende, national überhöhte Naturbegeisterung (die für spezifisch deutsch erklärt wurde) eng mit der um sich greifenden Rassenideologie und dem Antisemitismus verbunden. Gerade vor diesem Hintergrund sind die Verweise auf die Kontinuitäten zwischen diesen Strömungen und etwa der „deep ecology“ sehr ernst zu nehmen, die jedenfalls während der 1980er Jahre mit ihren Vorstellungen von der Notwendigkeit einer ökologischen Weltdiktatur durchaus auf Resonanz gestoßen ist. Freilich ist etwa die Warnung Foucaults vor linearen Geschichtsauffassungen nicht einfach dadurch abzutun, dass der „Geist der Moderne“ nicht „von der Aufgabe, das Chaos zu ordnen, entbunden wäre“ (216) – hat doch, um im Bild zu bleiben, jener Geist etwa in Form von Rassenlehren durchaus demonstriert, was es heißen kann, *bestimmte* Arten von Ordnung in das zu bringen, was zuvor als – womöglich gar widernatürliches – Chaos bestimmt wurde.

Die Problematisierung der Holismus-Konzepte spricht Grundlagenprobleme an. *Urte Undine Frömming* verfolgt sie zurück auf Platons dualistische Vorstellungen von Mensch und Natur und verweist zugleich auf die weitreichenden Voraussetzungen einer in diesem Band verschiedentlich angemahnten Einheit oder doch „Annäherung der Natur- und Sozialwissenschaften“: Abschied vom Konzept des geschlossenen Systems, Berücksichtigung von nichtlinearen Prozessen und Komplexität, Kombination von „Teiltheorien der allgemeinen Relativitätstheorie ... mit Teiltheorien der Quantenmechanik ...“, um eine sinnvolle neue Theorie zu entwerfen, welche die Phänomene Kontinuität/Transformation sowie Diskontinuität/Iteration zusammenzubringen vermag“ (168f). Darauf möchte Frömming vor allem die zeitliche, aber auch räumliche Uneindeutigkeit, da vieldimensionale Bestimmtheit ihrer empirischen Untersuchung über die Bezugnahme unterschiedlicher Gesellschaften auf Flores (Indonesien) zu Vulkanen beziehen. Dies impliziert neben der Absage an einen „unilinearen Entwicklungsbegriff“ (169) die scharfe Kritik an Vorstellungen der „Entstehung einer ästhetischen Natursicht“ im „Kontext des ‘Prozesses der Zivilisation’“, für die hier vor allem Ruth und Dieter Groh (1991, 1996) stehen (169). Vielmehr zeigt sich anhand der Rolle der Vulkane in Mythologie und Ritual die enge Verschränkung, doch durchaus erkennbare Differenzierung zwischen der tätigen Auseinandersetzung mit der Natur, etwa in Form von Ackerbau, Jagd und Meeresnutzung einerseits sowie ihrer ästhetischen Wahrnehmung andererseits: „Durch diese metaphorischen Relationen von Mensch und Natur werden die unbewußten Formen oder Infra-

strukturen der Gesellschaften konstituiert und permanent auf die Natur zurück projiziert“ (183).

Handfeste Konsequenzen spezifischer Konstruktionen von Natur sowie besonders ihrer Abgrenzung von Gesellschaft oder Kultur zeigt *Shalini Randeria* anhand des komplizierten Geflechtes „von multiplen und sich überlappenden rechtlichen Ordnungen“ (239), das sich im westindischen Bundesstaat Gujarat im Konflikt um die Abwägung zwischen Rechten indigener Gemeinschaften, einem Wildreservat und regionalen Entwicklungszielen entfaltet hat. Mit globalen Rechtsinstrumenten argumentierende Umweltschutz-NGOs stehen Menschenrechts-NGOs gegenüber, die den Kampf der indigenen Pastoralisten gegen ihre Vertreibung aus dem Naturschutzgebiet unterstützen; andererseits verfestigen neuere Weltbank-Richtlinien die „romantisierende Sicht“ (240) des engen Zusammenhangs zwischen effektivem Umweltschutz und indigenen Völkern, und die Pastoralisten übernehmen diesen Diskurs; hinzu kommt die „Schizophrenie der Weltbank, deren Politik gleichermaßen auf eine Durchsetzung der kapitalistischen Marktwirtschaft und Modernisierung, den Schutz der Biodiversität und die Anerkennung der Rechte indigener Völker zielt“ (241). Das bedeutet lokal, dass widersprüchliche, auf unterschiedlichen Ebenen nationaler und globaler Vergesellschaftung angesiedelte Rechtsinstrumente in Stellung gebracht werden, was nicht verhindert, dass der Konflikt machtpolitisch ausagiert wird. Das in Indien generell bestehende Spannungsfeld zwischen lokalen Interessen und Ansprüchen besonders indigener Gruppen (Adivasi) und der seit der Kolonialzeit mit Verweis auf das Gemeinwohl betriebenen staatlichen Enteignungs- und Umsiedlungspolitik verweist auch auf so bekannte Konfliktgegenstände wie den ebenfalls in Gujarat gelegenen Narmada-Staudamm. In diesen weitgehend machtpolitisch determinierten Rahmen ordnet sich letztlich auch die Bewertung und Definition von „Natur“ und auch das nordamerikanische Verständnis von „Wildnis“ ein, das die weltweiten Naturschutzkampagnen bestimmt.

„Wildnis“ nicht als juristisches sondern ästhetisches Konstrukt, als Projektionsfläche spezifischer, der Moderne zuzurechnender Bedürfnisse nach Ursprünglichkeit und Extremen – zumal in Form todesgefährlicher Sportarten – bildet den Fluchtpunkt für *Ute Luigs* Skizze des Tourismus zu den Viktoria-Fällen des Zambezi, auf der Grenze zwischen Zambia und Zimbabwe. Fast unmittelbar nach ihrer „Entdeckung“ durch Livingstone zogen die Fälle Reisende an, deren soziales Profil sich freilich während nahezu anderthalb Jahrhunderten stark verändert hat. Auf Händler und Großwildjäger folgte die internationale Elite u.a. der „verlorenen Generation“ der 1920er Jahre, die im bereits als Tourismusort gegründeten Victoria Falls auf keinen Luxus verzichten musste. Heute haben die Photosafari die Großwildjagd, vor allem aber der Massen- den Luxustourismus abgelöst. Wenig geändert hat sich an der Präsentation der Fälle als „Ästhetisierung

und Romantisierung von Natur“ (266) oder auch an der Projektion einer durch westeuropäische Paradigmen geprägten Landschaftsästhetik, die dauerhafte Grundbedingung eines effektiven Tourismusgeschäfts wurde. Die Unterseite der touristischen Entwicklung von Victoria Falls ist daher die „De-Sakralisierung der Flußgeister“ durch Tourismusbetrieb und Eisenbahnbau (266), sowie generell die Abdrängung der zuvor dort lebenden Tonga, ihre Marginalisierung durch den Verlust von Land und von Jagdmöglichkeiten als „Bürger 2. Klasse“ und Opfer einer „Politik der Entmächtigung“ (268) deren integraler Bestandteil hier von Beginn an der auf das Naturerlebnis ausgehende Tourismus gewesen ist.

Diese Perspektive nimmt *JoAnn McGregor* in dem von ihr zusammen mit *William Beinart* herausgegebenen Band ausführlicher auf. Sie belegt zunächst anhand oraler Traditionen die tiefe Beziehung der Uferbewohner zum Fluss und skizziert dann für die zimbabwische Flusssseite die Folgen kolonialer Herrschaft mit dem Bau des Kariba-Damms und der Überflutung großer Teile des Tales in den späten 1950er Jahren als Höhepunkt, weiter des in dieser Grenzregion besonders intensiv geführten Befreiungskrieges, schließlich der Eingriffe des postkolonialen Staates und der Kommerzialisierung vor allem des Touristenzentrums an den Viktoria-Fällen. All dies führte zur Marginalisierung der Uferbewohner. Ihnen wurde der Zugang zum Fluss weitgehend versperrt. Die Landschaft wurde Schritt für Schritt desakralisiert. Mit dem Generationenwechsel verschiebt sich der auf den Fluss gerichtete Naturbezug von stark sakral geprägten zu eher pragmatischen Motiven.

Hier zeigt sich der unterschiedliche Zugriff der beiden Sammelbände: Konzentriert sich der Berliner Band auf Bilder der Natur und deren Bedeutung sowohl für Wissenschaften wie auch für Gesellschaft in der Moderne, so geht es hier vor allem um die aktive Auseinandersetzung afrikanischer Gesellschaften – wobei Autochthone und Siedler im anglophonen Afrika gleichermaßen berücksichtigt sind – mit „einigen der am schwierigsten zu behandelnden Umweltsituationen der Welt“ (3), wie die für sich sehr lesenswerte Einleitung betont. Dies geht mit einer gegenüber der herkömmlichen, recht pauschalen Verurteilung vorsichtigeren Bewertung der kolonialen Agrar- und Umweltwissenschaft einher. Sie wirkte deutlich über den Kontext der Siedlerlandwirtschaft hinaus auf afrikanische Wirtschaftsweisen ein, baute aber vor allem auch auf diesen auf. Der Begriff der Landschaft (*landscape*) erscheint dabei, ganz anders als vor dem Hintergrund der kritischen Selbstreflexion der Geographie, einerseits als pragmatische Form, „materielle Umweltveränderungen“ mit „Interpretationen der Vorstellungswelt“ zu verknüpfen, zum andern auch – wie etwa in McGregors Analyse – als symbolischer Anhaltspunkt für die „Schaffung neuer Nations- und Identitätsvorstellungen“ (4).

Der erste von drei großen Abschnitten enthält Analysen zu afrikanischen Umweltkonzepten und daran anschließenden Praktiken. Dabei werden gängige Konstruktionen von Natur und ihrer Beziehung zu menschlicher Aktivität durch spannende empirische Befunde erschüttert. Wie *Immanuel Kreike* anhand der engen Beziehung zwischen Siedlung und Obstbäumen im Owambo-Gebiet Süd-Angolas und Nord-Namibias nachweist, hatte das Missverständnis der Kolonialverwaltung, die diese Bäume nicht dem sehr dynamischen Siedlungsprozess, sondern der Wildnis zuordnete, weitreichende Folgen. Die Bäume wurden zu Staatseigentum erklärt, was zu Konflikten führte, andererseits lässt sich die interne Dynamik der Owambo-Königreiche anhand der Veränderungen in den tatsächlichen Verfügungs- und Eigentumsrechten nachzeichnen. Damit wird das gängige Bild einer ständigen Verschlechterung der ökologischen Situation in Afrika (einmal mehr) deutlich relativiert.

Auch *Karen Middletons* Analyse der Ausbreitung des Feigenkaktus auf Madagaskar erschüttert etablierte Annahmen, nämlich die auf Alfred Crosby (1991) zurückgehende Vorstellung von der „Europäisierung“ besonders von Landschaften der Neuen Welt durch das Eindringen europäischer Nutzpflanzen und Haustiere. Hier dagegen kam es zur „erfolgreichen ‘Madegassierung’ einer Pflanze aus der Neuen Welt“ (55): Ab Mitte des 18. Jahrhunderts breitete sich der Kaktus rasant aus dank seiner Eignung für Verteidigungsanlagen entsprechend der „vernakularen Tradition einer palisadenbewehrten Siedlung“ (57) ebenso wie als Viehfutter. So war die Pflanze bald „hochgradig gesellschaftlich verankert“ (52) in „‘Subsistenz’-Wirtschaften, die unauflöslich in die Weltwirtschaft eingebunden waren“ (56), etwa durch massenhafte Viehlieferungen Anfang des 20. Jahrhunderts zur Versorgung des aufstrebenden Bergbauzentrums am südafrikanischen Witwatersrand. Freilich verweisen Probleme, die eine so widerstandsfähige Pflanze dem Zyklus des Schwendbaus entgegensetzt, auf die Widersprüchlichkeit „des Widerstandes gegen und gleichzeitig der Verstrickung in die europäische Expansion“ (59) einerseits und der kreativen Nutzung einer importierten Pflanze andererseits, ohne doch deren Dynamik kontrollieren zu können. Gerade angesichts der Komplexität und Mehrdimensionalität des Problems ist dies ein äußerst anschauliches Beispiel für die Konstituierung und Nutzung einer Entwicklungsoption (vgl. Köbler 1998:Kap. 4).

Die Notwendigkeit einer differenzierteren Beurteilung der kolonialen Wissenschaft sowie von Eingriffen und Initiativen der Kolonialverwaltungen im Agrarbereich verdeutlicht zunächst *Helen Tilley* anhand des „African Survey“. Diese umfassende Forschungsinitiative sollte ursprünglich „die Kolonialpolitik in Afrika nicht nur in den britischen, sondern auch in den französischen, belgischen und portugiesischen Territorien koordinieren und wenn möglich standardisieren“ (109). Bis 1938 lagen drei Berichte vor, darunter *Science in Africa*, ein

„enzyklopädischer Überblick über die Forschung im Bereich von Umwelt, Medizin und Anthropologie“ (110). Hier sollte die „Ökologie, die Wissenschaft der ‘Super-Koordination’, als Brücke“ zwischen Natur- und Sozialwissenschaften dienen (114). Für Tilley ermöglicht dieser holistische Ansatz die Betonung lokalen Wissens, die Forderung nach Ausbalancierung von Maximierung und Nachhaltigkeit und die Akzentuierung der Komplexität. Es zeigt sich eine „auffällige Ähnlichkeit“ vieler der „Ideen und Vorschläge“ des *Survey* mit „alternativen Fragestellungen und kritischen Positionen der Gegenwart“ (130). Problematischer erscheinen diese Bezüge, wenn in anderem Zusammenhang *David Bunn* auf die Rolle von Jan Christiaan Smuts, zweimaliger südafrikanischer Premierminister, Mitglied zweier britischer Kriegskabinette und weltweit geachteter Intellektueller als „Begründer des Holismus“ (205) verweist. Hier ordnen sich diese Überlegungen in die Forderung nach klaren, ethisch begründeten Hierarchien im Kontext gesellschaftlicher Gliederung und natürlicher Zuchtwahl ein. Durchaus im Sinne von Foucaults pastoralem Machtdispositiv gehört dazu auch die „wohlmeinende Vormundschaft“ über Afrikaner (205).

Durch Natur- und Bodenschutz motivierte oder legitimierte koloniale Eingriffe zur Erosionsbekämpfung oder zum Schutz vor Überweidung gehörten zu den klassischen Auslösern scharfer Konflikte zwischen Kolonialverwaltung und Kolonisierten. Drei Fallstudien zu Uganda, Malawi und Tanganyika belegen hier die große Bandbreite der ökologischen, sozialen und politischen Folgen solcher Initiativen. Sie reichen vom relativen Erfolg, den *Grace Carswell* in ihrer Studie über Kigezi im äußersten Südwesten Ugandas untersucht über die von *John McCracken* dargestellte, in offener Revolte gipfelnde Zuspitzung der Konflikte in Nord-Malawi bis hin zur Konstruktion und Festigung ethnischer Identitäten aufgrund unterstellter Naturbezüge, denen *Ingrid Yngstrom* bei den Gogo in Zentral-Tanzania nachgeht. Durchgängig bleibt freilich ungeklärt, wie ernst das von der Kolonialverwaltung identifizierte, mit überaus invasiven Methoden bekämpfte Problem der Erosion und Bodenverschlechterung tatsächlich war. Insofern bleibt auch die in der Einleitung (9) sowie von Kreike (28, 41) vor allem im Hinblick auf die Debatte zum südlichen Afrika geforderte Überwindung der Ausschließlichkeit einer „politischen Ökologie“, die in erster Linie auf die durch abstrakte konzeptionelle Vorgaben motivierten Eingriffe der kolonialen Umweltpolitik abstellte, hier letztlich Desiderat. Ähnliches gilt für eine differenzierte Bewertung der kolonialen Wissenschaft, wenigstens im Hinblick auf die davon angeleitete politische und administrative Praxis. Das liegt nicht zuletzt an der Quellenlage, die die Sicht der Kolonialverwaltung strukturell so weit privilegiert, dass auch noch die Daten, die zu einer Überprüfung dieser Sicht geeignet wären, in den meisten Fällen von dieser Verwaltung selbst und auf der Grundlage ihrer konzeptionellen Entscheidungen erhoben worden sind.

Dagegen wirft das Verhältnis weißer Siedler im südlichen Afrika zu der Natur, mit der sie sich auseinandersetzten und aus der sie einen Großteil ihrer Identitätsdefinition ableiteten, verschärft die Problematik der Abgrenzung zwischen Natur und Gesellschaft oder auch „Wildnis“ und „Zivilisation“ auf. *Robert Gordon* beleuchtet die Grundproblematik anhand der von der Forschung weitgehend vernachlässigten Rolle der Hunde im kolonialen Alltag Namibias. Da Hunde sowohl von Afrikanern wie Siedlern gehalten und genutzt wurden, ergeben sich faszinierende Abgrenzungsprobleme, angefangen bei der Hundesteuer, die nach den Bestimmungen des Völkerbundmandats nicht zwischen den Hunden von Afrikanern und Weißen unterscheiden durfte und dennoch 1922 die Rebellion der Bondelswarts auslöste, bis hin zur Zurechnung bestimmter Eigenschaften zu Hunden beider Bevölkerungsgruppen. Deutlich wird einerseits die damit verbundene Zuordnung der „Eingeborenen“ zu „Natur“ und „Wildnis“, aber auch die Rolle der Hunde als Medium des afrikanischen Diskurses über den Siedleralltag. So kommt es zum „Wechselspiel“ zwischen „sich gegenseitig verstärkenden negativen Stereotypen“. Solche „Alltagspraktiken“ tragen zur „Verwurzelung und Verfestigung des Kolonialismus“ wesentlich bei und „lassen ihn in allen Sektoren der Kolonialgesellschaft aufleben“ (254).

Die Abgrenzung zwischen Natur/Wildnis und „Zivilisation“ bedeutet unter den Bedingungen des Siedlerkolonialismus systematisch die Naturalisierung von Schwarzen. Wie in einem Brennglas trifft diese Tendenz mit wesentlichen Motiven der westlichen Naturimagination der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie sie u.a. von Jax, Schultz oder G. Frömming im Berliner Band analysiert werden, in der Ideologie und Praxis der Gründung und Anfangsjahre des südafrikanischen Kruger National Park zusammen. In ihrer Analyse sieht *David Bunn* geradezu „eine Methode, sich durch die Widersprüche zu arbeiten, die dem Kapitalismus in Südafrika innewohnen“ (207). Die Ästhetik der frühen Tierphotographie am Wasserloch, gekoppelt mit Lagerfeuerromantik verband sich mit der Hege sowohl der Wildtiere – was immer den Ausschluss von „Wilderern“ bedeutet (vgl. Thompson 1985) – als auch der Besucher. In der Perspektive des pastoralen Machtdispositivs stehen die Hege der Arten am Wasserloch als „harmonisches Handeln eines höheren Bewusstseins“ (205) ebenso wie Rassentrennung und „wohlmeinende Vormundschaft“ (205), die das Native Affairs Department gegenüber Afrikanern nicht zuletzt auch im neuen Nationalpark ausübte. Ähnlich wie seine Vorbilder in Nordamerika war der Park für die Siedlergesellschaft Erholungsgebiet und Projektionsfläche urtümlicher, durch das private Auto erschlossener Naturbelassenheit. Hinzu kamen hier aber konkurrierende Vorstellungen über seine Nutzung, nicht nur entlang von Klassenunterschieden innerhalb der weißen Siedlergesellschaft. Zumal afrikaanssprachige Interessenten wandten sich gegen den vorgeblichen Snobismus der englischsprachigen Verwalter. Bis in die

1950er Jahre bildeten „afrikanische Bewohner ... einen Teil des Erlebnisses der weißen Touristen“ (213). Ihre Verdrängung ging einher mit dem auch sonst verbreiteten Raisonement über die Mobilisierung afrikanischer Arbeitskraft für die weiße kommerzielle Landwirtschaft. Während der Dürre der 1930er Jahre stritten Zitrusfarmer, Parkverwaltung und die kleinen afrikanischen Siedlungsgruppen um Wasser. Das mit einer großen Spendenkampagne verbundene Schlagen von Bohrlöchern markiert den Abschied von der Ideologie der Naturbelassenheit zugunsten der Neuorientierung auf eine wohl eingerichtete und instandgehaltene Umwelt – auch im Kontrast zur vorgeblich destruktiven afrikanischen Landwirtschaft. Zugleich wurde der Park so zum nationalen Symbol: Anders als bei den Viktoria-Fällen führte der Eingriff der Moderne hier nicht zur Entsakralisierung eines landschaftlich herausragenden Ortes durch den Tourismus; vielmehr wurde hier eine bestimmte, ideologisch aufgeladene Form des Tourismus zum Vehikel der Sakralisierung des Parks im Sinne eines gerade für Siedlergesellschaften charakteristischen emphatischen Natur- und Landschaftsverständnisses. *Jane Caruthers* unterstreicht anhand einer Skizze der Hintergründe und aktuellen Situation des in Südafrika und Botswana an der Grenze zu Namibia gelegenen Kalahari Gemsbok Park, dass Nationalparks wenigstens in Südafrika „spaltende Institutionen“ sind (262). Das gilt hier vor allem für den Ausschluss der im Park lebenden San, soweit sie sich nicht als Touristenattraktion hergaben. Nach 1994 hat der Kampf um die Wiederherstellung ihrer Rechte, ähnlich wie im Fall von Aborigines in Australien, für die San-Gruppen den Anstoß zur Bestimmung ihrer eigenen Kollektividentität gegeben, was als Gefahr für den Zusammenhalt der neu proklamierten „Regenbogen-Nation“ erscheint. Nationalparks sind somit gerade in Südafrika als „heilige Orte“ (264) für konkurrierende Gruppen – etwa als traditionelle Wohngebiete der San und als Referenzpunkt für die Landschaftsideologie der Siedler. Die Vereinbarkeit solcher Ansprüche unter den neuen Bedingungen, wo etwa der Kalahari Gemsbok Park nicht mehr „öffentliches“ Land, sondern *privates* Eigentum der San-Gruppen geworden ist, bleibt eine offene Frage. Anders als in Australien besteht aber in Südafrika zumindest der Anspruch, die indigenen Gruppen in das Tourismus-Geschäft zu integrieren und sie so an den erwarteten Gewinnen zu beteiligen.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

In sämtlichen bisher vorgestellten Studien erscheint Natur in irgendeiner Form als dualistisch verstandenes Objekt – sei es der Betrachtung, der (wissenschaftlichen) Reflexion, der Bearbeitung, der touristischen Nutzung oder der Überhöhung im Sinne nationaler Ideologie. Daran ändert sich auch nichts, wenn versucht wird, mit dieser Vorgabe analytisch umzugehen. *Christoph Görgs* groß

angelegte Frankfurter soziologische Habilitationsschrift weicht hiervon in höchst aufschlussreicher Weise ab. Die „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ schließen dabei ausdrücklich den Modus der Naturerkenntnis und bestimmte Vorstellungen von Natur mit ein. Das Hauptinteresse an Görgs Beitrag liegt eben in diesen konzeptionellen Überlegungen, die in theoretische Grundsatzfragen hineinreichen, etwa wenn er immer wieder in der Auseinandersetzung mit zentralen zeitgenössischen Theoretikern wie Luhmann, Giddens oder auch Ulrich Beck auf der Unterscheidung zwischen Sozial- und Gesellschaftstheorie insistiert. Solche Fragen gehen weit über eine bloß „ökologische“ Problematik hinaus. Sie werden auch von denen, die sich mit sozioökonomischer Entwicklungstheorie befassen, allzu leicht übersehen (und können aus rein forschungspragmatischen Gründen vielleicht gar nicht immer bis ins letzte ausgelotet werden). Dies rechtfertigt den Versuch eines ausführlicheren Nachvollzugs, der freilich immer noch skizzenhaft bleiben muss. Görgs Ausgangspunkt ist das Postulat, dass die ökologische Krise der Gegenwart gleichbedeutend mit der Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Rahmen der Neustrukturierung des Kapitalismus sei. Ferner stelle sie über die breit debattierte Risikoproblematik hinaus die Abgrenzung von Gesellschaft und Natur in Frage und werfe endlich als „Krise wissenschaftlicher Beschreibungsmuster“ (16) grundlegende normative und konstitutionstheoretische Fragen auf. Görg untersucht daher zunächst vor allem konstitutionstheoretisch das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, geht dann weitgehend unter Rückgriff auf die Regulationstheorie auf die Möglichkeiten der Regulation von Natur zumal im internationalen Bereich ein und exemplifiziert seine Schlussfolgerungen endlich am Problem der Biodiversität.

Nicht-Identität von Natur und Gesellschaft

Das Verhältnis von Gesellschaft und Natur sieht Görg in enger Verschränkung als zeitdiagnostisches ebenso wie als konstitutionstheoretisches Problem. Ausgangspunkt und letztlich Zentrum der gesamten Untersuchung ist eine eingehende Rekonstruktion des Naturbezugs bei Adorno. Dieser hat unter kritischer Anknüpfung an die materialistische Gesellschaftstheorie mit Blick auf die „innere Dialektik der Begriffe“ (31) sowohl die Geschichtlichkeit – da Endlichkeit – von Gesellschaft *und* Natur nachdrücklich betont, wie auch den Dualismus einer abstrakten begrifflichen Gegenüberstellung beider überwunden, eben im Sinne der „Nicht-Identität“. Eine „Dialektik von Einheit und Trennung“ ermöglicht „im Gefolge von Walter Benjamin“ den „Begriff der Auferstehung oder *Resurrektion* der Natur bzw. der *Versöhnung* mit der Natur“ (32). Der Anspruch der Moderne auf die Beherrschung der Natur wird so nicht nur zutiefst fragwürdig, sondern zugleich zur Chiffre von Herrschaft überhaupt, denn die *Dialektik der Aufklä-*

runge entfaltet in der Kritik an funktionalistischen Gesellschaftskonzepten, wie „soziale Herrschaft, obwohl ihrerseits eine Voraussetzung des naturbeherrschenden Denkens, selbst durch das Naturverhältnis vermittelt“ ist (36). Diese „spezifische Art von Soziozentrismus“ (42) führt den „Vorrang des Objekts“ „nicht als ontologische Setzung“ im Sinne eines abstrakten Materialismus ein, „sondern auf dem Weg der bestimmten Negation des naturbeherrschenden Denkens“ (51) und vermeidet so erst einen „(praktisch immer herrschaftlich verfasste[n]) Dualismus“ (52). Mit Bezug auf die *Negative Dialektik* ergibt dies Anschluss an neuere Beiträge, etwa an Bruno Latour (1995): „Als Fluchtpunkt der Identitätskritik ... hält die Idee der Versöhnung mit Natur dagegen sowohl das Motiv eines *Anderen* als einem (sic) ‘Fremden’ fest, als es auch auf eine *Bestimmtheit* dieses Anderen an sich selbst abzielt ... als ein Zusammenhang, ‘worin die Gegenstände kommunizieren’ [Adorno]“ (53).

Görg leugnet nicht die Problematik zumal von Adornos Spätwerk, vor allem in der Aussparung einer „Analyse der konkreten Institutionalisierungsformen ..., in denen die modernen Gesellschaften ihre Naturverhältnisse regulieren“. Dazu gehört auch „das Verhältnis von Wissenschaft und Technik zu Politik und Ökonomie“ und endlich die Frage, „wie denn das kritische Potential der *zweiten Reflexion* zur Geltung gebracht werden kann, ohne nur immer die Aporie der Versöhnung zu demonstrieren“ (56). Diese Fragestellung lässt sich übrigens auch auf die Problematik weltweiter gesellschaftlicher Hierarchie und Ungleichheit projizieren, wie dann der dritte Teil der Untersuchung zeigt.

Die Chance jedenfalls für den „Versuch ..., die Aporie zwischen negativer Totalität und einer an der Idee der Versöhnung ausgerichteten Emanzipation theoretisch aufzulösen“, liegt für Görg darin, Adorno nicht wie etwa Habermas vor allem in der „Tradition der Weberschen Theorie“ zu verstehen: Vielmehr soll das Konzept Adornos „in eine pragmatistische Handlungstheorie integriert werden“ (58). Das bedeutet auch die Überwindung jenes „handlungstheoretischen Dualismus“, der Naturverhältnisse „ausschließlich über den Handlungsmodus zweckrationalen Handelns thematisiert“ und so von „Intersubjektivität“ systematisch abschließt (59). Versöhnung müsste sich dann auf eine „in spezifischer ... Weise vergesellschaftete“ Natur anstelle „unberührte(r) ‘Natur an sich’“ richten und entspräche dem „emphatische(n) Begriff einer unreglementierten oder *unreduzierten Erfahrung*“ (60), der für „unterschiedliche gesellschaftliche Handlungsbereiche“ ähnliche Perspektiven ermöglichen würde, wie Adorno sie „im Bereich der Kunst beansprucht hat“ (61). Hier sind die Bezüge auf die zuvor angesprochenen Probleme von Naturschutz und Wildnis unverkennbar.

Am Leitfaden Meads und in Abgrenzung vor allem gegenüber Luhmann, aber auch Habermas entwickelt Görg sodann Grundbestimmungen von Gesellschaftlichkeit, die Natur nicht dualistisch aus Gesellschaft eskamotieren, aber auch

nicht bei einer „analogisierende(n) Übertragung ökologischer Denkfiguren“ (77) auf Gesellschaft stehen bleiben sollen. Es geht also ausdrücklich nicht um Metaphern oder Projektionen, sondern um Begriffe. Der anti-cartesianische Grundansatz des amerikanischen Pragmatismus erlaubt hier eine differenzierte „Neuinterpretation“, in der reflexive Intelligenz und symbolvermittelter Sinn in Natur verankert bleiben, ohne doch mit dieser identisch gesetzt zu werden. An Meads Theorie der Konstitution gesellschaftlicher Identität betont Görg, unter Abgrenzung wiederum von Luhmann, diesmal aber auch von Beck die Konsequenzen dieses spezifischen pragmatistischen, systematisch „nicht subsumtionslogisch“ (81) verfahrenen Ansatzes für eine den „Horizont von Möglichkeiten“ (79) einbeziehende Handlungs- und damit auch Handlungskrisentheorie. Sie soll nicht zuletzt Reflexivität anspruchsvoll in der „Fähigkeit zur aktiven Selbstbestimmung“ (80) verankern und in der spezifischen Interpretation des Meadschen Handlungskonzepts mit der Unterscheidung von Wahrnehmungs- und Manipulationsphase sowohl das Emergenzproblem als auch Spontaneität ebenso wie die „Widerständigkeit eines Objekts“ (82) in den Blick bekommen.

Görg bezieht dieses Grundgerüst wiederum auf die ökologische Krise und Adornos „Intention“ des Festhaltens am „Vorrang des Objekts“ (83), um in beiden Konzeptionen Ansätze zur Unterscheidung „zwischen praktischer Naturaneignung und Naturbeherrschung“ zu konstatieren (83): Diese letztere erscheint aus den Perspektiven beider nicht als unausweichliches gesellschaftliches Schicksal: „Die Ursache für eine projektive Konstruktion der Natur und für ihre Subsumtion unter gesellschaftliche Deutungsmuster ist vielmehr ... in den sozialen Herrschaftsverhältnissen im weiteren Sinn zu suchen“ (84). Aus der Auseinandersetzung mit der Widerständigkeit des Objekts (Natur) ergibt sich die *Möglichkeit* gesellschaftlicher Lernprozesse und damit der Einsicht in die „prinzipielle Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Naturverhältnisse“. Die Einlösung dieser Möglichkeit ist freilich eben vom Verlauf „gesellschaftlicher Lernprozesse“ abhängig, der seinerseits bestimmt ist „von den strukturellen Zwängen der konkreten historischen Situation“ (85). Gerade diese Perspektive wurde von der Hauptlinie der soziologischen Theoriebildung mit ihrer Fixierung auf den „Primat des Integrationsproblems und (den) Fortschrittsoptimismus in Bezug auf die Naturverhältnisse“ (87) lange Zeit verfehlt. Das ändert sich erst mit der Verarbeitung der ökologischen Krise seit Ende der 1970er Jahre. Die damit implizierten gesellschaftstheoretischen Grundsatzfragen versteht Görg konsequent vor allem im Kontext institutioneller Lernprozesse. Als folgenreich erweist sich vor allem die „Entkopplung von Prozessen gesellschaftlicher Synthesis von Naturverhältnissen“ (90), die auf Durkheims Analyse der Arbeitsteilung zurückgehen. Görg verfolgt dies weiter zum Steuerungsoptimismus der Parsonsschen Theorie,

aber auch bis zu Ulrich Becks „Risikogesellschaft“, wo „Reichtumsverteilung“ und „Risikovertelung“ ausdrücklich voneinander abgelöst behandelt werden.

Als Alternative bietet sich ein Verständnis der Marxschen Theorie an, das die Bestimmung der „Einheit der Gesellschaft“ „als antagonistische Totalität“ (91) zum Ausgangspunkt nimmt. Im gegebenen Kontext liegen die Vorzüge der Marxschen Theorie vor allem darin, dass hier die Trennung von Natur und Gesellschaft nicht als Dualismus ontologisiert, sondern in der Analyse der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ im „Formen“-Kapitel der *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* vielmehr selbst zum „zentrale(n) Problem“ wird (94). Es geht dabei um die entwicklungsgeschichtliche Steigerung gesellschaftlicher Trennungsprozesse, die im „Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital“ (Marx) gipfeln. Da es um „die Auswirkungen des historisch spezifischen Organisationsprinzips“, eben des Kapitalverhältnisses, geht, „kann“ „es ... bei Marx auch keinen Steuerungsoptimismus in Bezug auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse geben“. Vielmehr ist hier „Wissen um die tendenziell krisenhafte Reproduktion der Naturverhältnisse ... zumindest systematisch angelegt“ (94). Dies folgt, wie Görg gegenüber dem Konzept von einem „zweiten kapitalistischen Widerspruch“ (O'Connor 1988) oder „eine(r) entropische(n) Ökonomie-theorie“ im Sinne von Altvater (1992) insistiert, „unmittelbar aus den Widersprüchen des kapitalistischen Organisationsproblems“ (307³¹). Gerade hier besteht sicher weiter Diskussionsbedarf, doch scheint mir die Betonung des nach wie vor virulenten kritischen Potenzials der Marxschen Theorie entscheidend – erst recht, was ihren dritten von Görg herausgestellten Beitrag angeht, der es erlaubt, „die konkrete Ausgestaltung gesellschaftlicher Teilbereiche und Subsysteme“ nicht allein funktional (Parsons) oder aus der Eigenlogik dieser Systeme (Luhmann) zu erklären, sondern entscheidend aus dem „Konflikt historisch situierter Akteure“ (95). Damit stellt sich einmal mehr die Grundfrage nach dem Verhältnis von Struktur und Handlung.

Görg entrollt diese Problematik am Leitfaden von Giddens' Strukturierungstheorie, zunächst in der Vermittlung zwischen Struktur und Herrschaft einerseits und Akteuren andererseits. Diese Beziehung ist hier mit der Rekursivität des Handelns ausdrücklich auf Reproduktion und Veränderung zugeschnitten.

Steht Giddens für einen konsequenten, antinaturalistischen Soziozentrismus, lässt sich „ein der ökologischen Problematik angemessener Materialismus“ aus einer „zweiten Reflexion“ gewinnen, in der die Angewiesenheit von Gesellschaft auf ein „nicht-identisches Anderes“ in den Blick kommt. So ist „für die ökologische Krise ... der Gegensatz von Geschichte als *emphatischer Fähigkeit der Selbstgestaltung* sozialer Verhältnisse und der konkreten Genese sozialen Wandels ... konstitutiv“. Dabei wirkt sich „im sozialen Wandel ... offensichtlich ein *struktureller Zwang* aus, der die Fähigkeit zur rekursiven Selbstgestaltung einschränkt“.

Anders als weithin auf dem Höhepunkt fordistischer Expansion vermutet, ist damit „das Überleben selbst wieder zum Problem geworden“ (101).

Auch Giddens' „antisubstantialistischer Institutionenbegriff“ (101) erweist sich als revisionsbedürftig. Das Konzept der Reflexivität ist zu differenzieren, denn erst eine klare Unterscheidung zwischen System- und Subjekt-Reflexivität ermöglicht es, die Untersuchung gesellschaftlicher Selbststeuerung „an das klassische Thema der Emanzipation“ anzuschließen (105).

Die öfters konstatierten Widersprüche und Lücken bei Giddens – insbesondere die fehlenden gesellschaftstheoretischen Ausarbeitung seines Institutionenbegriffs – versteht Görg weiter als Hinweis auf ein reales gesellschaftliches Erkenntnisproblem. Es geht darum, Institutionen „als umkämpfte Formen der Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu interpretieren“ (107). Damit sind sie *auch* Ausdruck von Herrschaft und damit von gesellschaftlichen Zwängen, die mit der rekursiven Reproduktion zumindest in einem Spannungsverhältnis stehen, das historisch konkret zu untersuchen ist. Damit wird die Krise – wiederum im Anschluss an Giddens verstanden als strategisch ebenso wie strukturell bedingter Bruch – zum Anstoß gesellschaftlicher Lernprozesse. Diese legt Görg entlang einer Sach-, Konflikt- und Krisendimension auseinander, um so die an Institutionen gebundenen, organisationssoziologisch zu erfassenden Aspekte dieser Lernprozesse ebenso aufnehmen zu können wie die stärker mit sozialen Bewegungen verknüpften. Dabei sind zwei wesentliche Punkte zu berücksichtigen: Einmal geht es um das Moment der Kontingenz, das schließlich regulations-theoretisch gesprochen das aus Krise und Lernprozess hervorgehende neue Institutionensystem zur „historische(n) Fundsache“ macht (112); zum andern gewinnt die „Absicherung“ „gesellschaftliche(r) Gestaltungsprozesse“ zentrale Bedeutung. Als „von institutionellen und sozialen Krisen angestoßene und vom Protest sozialer Bewegungen getragene oder begleitete Formen der Neuinterpretation organisationaler Prozesse“ verweisen sie vor allem auf den Staat (113).

„Gesellschaftliche Lernprozesse“ müssen darüber hinaus die Bedingungen der „Strukturumstellung“ sowie der „Verbesserung der gesellschaftlichen Reaktionspotentiale“ erfüllen. Diese wiederum sind daran zu messen, ob „auch die Erfahrung der Nichtidentität der Natur und Gesellschaft Raum gewinnt – oder ob die Orientierung an der Idee der Naturbeherrschung bestehen bleibt“ (113f). Damit sind erneut die Konstitutionsproblematik und die Frage der Vermittlung zwischen der sozialtheoretischen Bestimmung der „Differenz des Sozialen von Natur“ und der gesellschaftstheoretischen Frage nach der „Einheit der Gesellschaft“ aufgeworfen (114).

Es gilt, evolutionistische und funktionalistische Fallstricke gleichermaßen zu vermeiden, ohne doch funktionale Bezüge zwischen Teilsystemen pauschal abzuleugnen. Dies leistet ein „Begriff der Gesellschaft als eines Herrschafts-

zusammenhangs“ (115), der von „einem Organisationsprinzip Wertvergesellschaftung dominiert wird“ (117). Diese Dominanz leugnet weder die relative Autonomie von Teilsystemen noch „Abstimmungsprozesse“ (116) mit der Systemumwelt. Sie macht gerade deren Formbestimmtheit wesentlich aus. Anders als die soziale Umwelt kann Natur freilich nur „asymmetrisch“ in gesellschaftlicher Reflexion *über* das Verhältnis zu ihr aufgenommen werden. Daraus kann für Gesellschaften der Schein der Autonomie gegenüber Natur entstehen, wenn es „wie in der fordistischen Phase kapitalistischer Entwicklung“ gelingt, „Natur so weit zu kontrollieren, dass sie die fortbestehende Abhängigkeit von Natur verleugnen können“ (116). Seine Schranke findet dieser Schein in der virulenten ökologischen Krise. Auch für Gesellschaft als autopoietisches System bleibt ihre natürliche Umwelt ein „grundlegendes Problem“. Den „in eine Bewegungsform gebracht(en)“ „Widerspruch“ bezeichnet Görg als „Regulation der Naturverhältnisse“ (116f). Es folgt daher aus alledem ausdrücklich kein „Steuerungspessimismus“, sondern die Notwendigkeit „regulierende(r) Politik“, die freilich ihrerseits „zu befragen“ ist, ob sie die Formen kapitalistischer Vergesellschaftung nur reproduziert, oder im Sinne eines „radikalen Reformismus“ zu transformieren unternimmt (117f).

Ein genaueres Verständnis vor allem der Reproduktionsproblematik „als ein(es) Aspekt(es) der Naturverhältnisse“ gewinnt Görg aus der Regulationstheorie. Damit will er vor allem die Spannung zwischen gesellschaftlichem Konflikt und jenen „Kohärenzbedingungen“ genauer in den Griff bekommen, die einer während einer „historische(n) Phase“ etablierten Regulationsweise zuzurechnen sind und sich jeweils auch „funktional auswirken“ (124). Dem gegen die Regulationstheorie häufig erhobenen Vorwurf eines versteckten Funktionalismus ist mit dem Verweis auf die „in der Sache selbst“ liegende Notwendigkeit zu entgegnen, „auch funktionale Zwänge immer wieder neu zu erfüllen“ (125). Von daher erschließt sich die Konstitution von Konsens als hegemonialer und konfliktbestimmter gesellschaftlicher Prozess. In der Krise des Fordismus und im Übergang zu einer postfordistischen Regulationsweise betrifft dies die „grundsätzliche Revision“ der „gesellschaftlichen Entwicklungsvorstellungen“ (135), speziell im Hinblick auf die Naturverhältnisse. Hier lassen sich die unterschiedlichen Dimensionen neuer sozialer Bewegungen eintragen, ihrer Transformation in einen „neuen Organisationstyp“ (128), die NGO, vor allem aber der Abschied von der Fixierung auf „nationale Entwicklungskonstellationen“ (137) sowie zunächst auch vom ungebrochenen Steuerungs- und Modernisierungsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre. Mitte der 1980er Jahre kam es zur „sukzessive(n) und höchst selektiv(en)“ Integration der „Ökologieproblematik ... in die neue Regulationsweise“ (137), doch mit der Betonung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im Kontext der Krisenbewegung durch den aktuellen Globalisierungsschub folgte

eine „Wiederkehr des Modernisierungsglaubens“ im Sinne einer „reflektierten Naturbeherrschung“ (140). Diese gesellschaftliche Grundkonstellation unterscheidet sich zwar deutlich vom Bild der alternativlosen, „verwalteten Welt“, das die „Frankfurter Schule“ der Nachkriegszeit zeichnete (141). Letztlich bleibt die von Görg ins Zentrum gerückte Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Lernprozesse jedoch unabgeholten und offen.

Naturverhältnisse und staatliche Politik

Das Ausmaß der damit angesprochenen realen ebenso wie konzeptionellen Probleme zeigt sich an der genaueren Bestimmung der notwendigen Aushandlungsprozesse, zumal auf der Ebene des Staates. Görg versteht den Staat ausdrücklich nicht als autonomes gesellschaftliches Subsystem, sondern „sowohl (als) Terrain als auch selbst (als) Akteur sozialer Konflikte ... (Poulantzas 2002)“ (163). Die Aushandlung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, zumal unter den Bedingungen der krisenhaften Bestimmung einer neuen Regulationsweise und der „Transformation des Politischen“ ist davon nicht ausgenommen. In der Perspektive eines „radikalen Reformismus“ (144) befragt Görg konkurrierende aktuelle Diagnosen zur Krise von Staat und Politik. Gerade weil er den Staat als die „angemessene Instanz zur Regulierung“ (175) versteht, ist auf dieser Ebene zu fragen, „ob es ... zu gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen“ kommt, die „Strukturmuster“ verändern (187), oder aber lediglich zu Anpassungsprozessen. Diese würden letztlich auch neue soziale Bewegungen und die sie beerbenden NGOs und Parteien in das Dilemma verstricken, in der gesellschaftlichen Krisensituation „die Integrationsproblematik – sprich: die Sicherung der gesellschaftlichen Kohäsion im begrenzten Rahmen – über die Umweltproblematik stellen zu müssen“ (169). Konzeptionell bedeutet dies einen Regress, weil „die Unsicherheit des Entscheidens wiederum als gesellschaftliches Ordnungsproblem thematisiert und damit das Scheitern der Naturbeherrschung an der Nicht-Identität der Natur als Quelle von Unsicherheit faktisch negiert“ wird (188). Wissenschaft und Demokratie geraten so beide in eine Schieflage: „Selbst bei partizipativen Verfahren ist oftmals eher die gesellschaftliche Akzeptanz von Wissenschaft das zentrale Problem und nicht die destruktiven Folgen der Aneignung von Natur“. (188)

Die Handlungsfähigkeit von Staaten auch im Umweltbereich ist wesentlich abhängig von der Einlösung ihres Souveränitätsanspruchs. Souveränität bestimmt Görg „nach Maßgabe der Übereinstimmung, die (der Staat) zu und mit den widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen auszubilden vermag,“ mit der Fähigkeit, „eine neue stabile Regulationsweise zu etablieren und gegen konkurrierende Interessen abzusichern“ (161f). Auch damit ist dem Staat gegenüber Thesen zur Erosion von Souveränität sowohl nach innen wie im Rahmen der

Globalisierung nach außen eine sehr viel wesentlichere Rolle zugewiesen. Das gilt erst recht für seine „Internationalisierung“ (189; Hirsch 2001), auch im Rahmen einer globalen Umweltpolitik. Internationale Umweltregime zielen ähnlich wie auf nationaler Ebene sowohl „die Lösung gemeinsamer Probleme“ an, wie die Beteiligten „bei der Etablierung von Kooperationsformen eigene Interessen ... verfolgen“. Insgesamt entspricht auch hier „die sich herausbildende Regulationsweise dem Grundgedanken des Regulationsbegriffs“, mithin der „Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse bei Fortexistenz ihrer grundlegenden Widersprüche“. Zugleich enthält die damit einhergehende Reproduktion dieser „strukturellen Widersprüche“ „eine fortbestehende Tendenz zur Verschärfung der ökologischen wie sozio-ökonomischen Krise“ (191).

Auch bei internationalen Regimen, zumal beim *buzzword* „nachhaltige Entwicklung“, zeigen sich die zuvor dargestellten Zusammenhänge von Hegemonie, Konsens und Regulation: Es geht um Problemdefinitionen von „epistemic communities“, um Interventionen von NGOs, vor allem aber darum, dass Regierungen „unter kapitalistischen Bedingungen ... dem Zwang (unterliegen), insgesamt eine Regulationsweise durchsetzen zu müssen, die die Verwertungsbedingungen des Kapitals sicherstellt“ (196). Da Kapitalinteressen ebenfalls Gegenstand der Aushandlung sind, bestehen Unbestimmtheiten und Freiheitsgrade. Damit besitzen „NGO (und epistemische Gemeinschaften)“ als Teile der „nationalen wie internationalen Zivilgesellschaft“ „im Vorfeld des Staates bzw. im ‘erweiterten Staat’“ durchaus – freilich bescheidene – Einflussmöglichkeiten (197). Die mit den internationalen Regimen bewirkte „Internationalisierung des Staates“ durch ein „Netzwerk internationaler Regulation“ bleibt zurückgebunden an „nationalstaatliche Interessenkonstellationen.“ (198).

Im Anschluss an David Arnold (1996), weiter an Braudel und Crosby zeigt sich, dass Umweltregime und „die Existenz regulierender Institutionen“ generell nicht schon „als rationale Formen der Problembearbeitung“ verstanden werden dürfen (203). Vielmehr erfolgt die Definition globaler (Umwelt-)Probleme vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Problemlagen, aber auch Machtverhältnisse. Anders als etwa Beck behauptet hat, sind daher Verteilungsprobleme nicht obsolet, sondern gerade zugespitzt.

Die Debatte um „Global Governance“ verweist ferner auf die unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeit der diversen Regelwerke, wobei die „‘harten’ Vertragswerke zur Handelsliberalisierung und zur Sicherung der Eigentumsordnung“ deutlich privilegiert sind (207). Zudem folgt auch die Definition globaler Probleme einer Beobachterperspektive, die „ihren ‘blinden Fleck’ ... einer Nivellierung lokaler Besonderheiten verdankt“. Sie verfährt daher „selektiv und mit Machtverhältnissen verbunden“, ohne dass dies in der „wissenschaftlichen Konstruktion“ offen gelegt würde (209). Hinzu kommen die überaus ungleichen Durchset-

zungschancen funktionierender Mehrebenensysteme. Die Regulationsebene jenseits des Nationalstaates potenziert so letztlich die „Heterogenisierung der Nationalstaaten“. Weiter sichert sie „Ungleichheiten herrschaftlich ab“ und marginalisiert nicht zuletzt lokales Wissen (211).

Die konzeptionelle Einebnung real bestehender Macht- und Verfügungsgefälle sowie Interessengegensätze spricht auch gegen das Konzept der Internationalen Politischen Ökonomie (vgl. etwa Hetne 1995), das gerade die gewaltsamen Formen der Herrschaftssicherung im Bereich der – immer aufgrund gesellschaftlicher Konstrukte verstandenen – ökologischen Sicherheit nicht recht in den Blick zu nehmen vermag. Aus alledem folgt eine skeptische Beurteilung der „Chancen einer politischen Regulierung sozial-ökologischer Problemlagen“: Vor allem wurde mit der nachdrücklichen Orientierung auf den kapitalistischen Weltmarkt „der Wettbewerbsimperativ strukturell in die Organisation der Staatsapparate eingebaut“ (214). Dies bestimmt nicht nur ihre spezifische Orientierung, sondern führt dazu, „die Spielräume aller Staaten zur ökologischen Gestaltung letztlich einzuschränken“ (215). Es geht daher nicht um Steuerungsfähigkeit per se, sondern um die spezifischen Bedingungen der rationalen Nutzung solcher Potentiale über das pure Management hinaus, wie dies trotz all ihrer Heterogenität die „Präferenz“ einer entstehenden „neuen Elite“ darstellt (216).

Am Beispiel Biodiversität

Die Probleme des gesellschaftlichen Naturverhältnisses werden anhand der Auseinandersetzungen um Biodiversität als „weltweiter Konflikt um die Regulation der Naturverhältnisse“ (220) konkretisiert. Görg betont vor dem Hintergrund seiner bisherigen Argumentation weiter, dass dabei „sowohl die Natur sehr unterschiedlich konstituiert als auch die Grenzen und Risiken einer Vergesellschaftung der Natur sehr verschieden erfasst werden“ (220). Wie oben am Beispiel des Dronte belegt, ist ja bereits das Motiv des als Katastrophe gelesenen Aussterbens hochgradig gesellschaftlich vermittelt und situativ geprägt. Vor allem aber steht die Problematik der Biodiversität im Spannungsfeld zwischen dem einerseits originär ökologischen Anliegen ihres Schutzes sowie andererseits ihrer ökonomischen Nutzung, die eventuell mit dem Argument des Schutzes legitimiert wird. Dies unterstreicht, dass ein scheinbar so „abgehobenes“ Thema wie die gesellschaftliche Konstruktion von Natur recht unmittelbar politische Implikationen hat. Das beginnt schon mit dem Konzept der Diversität: Sie wird einmal auf die taxonomische Vielfalt der Arten, dann auf die genetische Vielfalt innerhalb einzelner Arten und wiederum anders „auf Unterschiede zwischen verschiedenen Habitats, aber auch auf funktionellen Differenzen in einzelnen Ökosystemen“ bezogen (222f). Dies legt den Schluss nahe, dass unabhängig von der gänzlich unbestrittenen Realität und Dringlichkeit der angesprochenen Probleme *diese*

Problemkonstitution strategisch durch das Bemühen bestimmt war, die Mitte der 1980er Jahre entstandene komplexe Konfliktsituation zu lösen. Görg rollt sie entlang der Themen materiell-stofflicher Abhängigkeiten aufgrund „naturräumliche(r) Bedingungen“ sowie „politisch, bzw. ökonomisch-rechtlich konstituierte(n) Abhängigkeiten“ (230) auf und belegt dies vor allem mit den Verhandlungsprozessen um die *Convention on Biodiversity* sowie das *Cartagena Protocoll on Biosafety* zur Problematik genetisch manipulierter Organismen.

Durchgängig fragt Görg auch hier, ob es zu einem gesellschaftlichen „Lernprozess“ im bezeichneten, emphatischen Sinn kommt oder ein solcher Prozess doch möglich ist. Er konfrontiert diese Perspektive mit dem real eingetretenen Umwelt-Management. Dabei zeigen sich nicht zuletzt differenzierte Konfliktlinien sowohl zwischen dem globalen Norden und dem Süden wie auch innerhalb der Triade vor allem zwischen den USA und der EU sowie endlich innerhalb der Staatengruppe des Südens. Gerade hier spielt die Souveränitätsproblematik eine wesentliche Rolle, die durch die Auseinandersetzung um den Zugang zu Ressourcen der Biodiversität in neuer Form aufgeworfen wurde.

Besonders zu erwähnen sind GörGs Überlegungen zum indigenen Wissen. Dies kommt zunächst unter dem Aspekt der Abgrenzung zwischen Natur und Gesellschaft in den Blick. Hier entscheidet sich, ob die Träger indigenen Wissens („Indigenous Peoples“) oder auch die Menschen generell als „integraler Teil der Biodiversität“ (244) verstanden werden sollen und es letztlich zur „Naturalisierung dieser Lebensformen“ kommt (246), oder aber die „Relation von Natur und Gesellschaft“ so verstanden wird, dass sie „die soziale Konstitution der Biodiversität hervorhebt und damit die Gesellschaft in die Natur integriert“ (244). Zugleich fragt sich jedoch auch, ob „indigenes Wissen“ als Ressource oder in der Perspektive „kulturelle(r) Selbstbestimmung“ (245) behandelt wird. Diese Fragestellung kann im gegebenen Rahmen nicht ausgelotet werden, und Görg hat denn auch etwa die komplexe Problematik der abgegrenzten Gemeinschaft als Trägerin des indigenen (oder auch lokalen) Wissens hier kaum angerissen. Entscheidend sind zunächst die sehr diffizilen systemischen Zusammenhänge an den wie immer konstituierten und konzeptionalisierten Schnittstellen von Natur und Gesellschaft, gegenüber deren Realität auch die oben referierte pauschale Holismus-Kritik deutlich zu kurz springen dürfte. Schließlich geht es hier nicht allein um organizistische Ideologie, sondern wenigstens ebenso sehr um den Umgang mit Komplexität. Görg besteht denn auch nachdrücklich und präzise auf der Unterscheidung zwischen funktionalistischer Theorie und der Identifikation funktionaler Zusammenhänge.

Die Debatte um indigenes Wissen betrifft weiter die Überschneidung zwischen der Naturalisierung „nicht-moderner“ (243) gesellschaftlicher Formen und Naturbeziehungen, ihrer utilitaristischen Nutzung und den Machtgefallen, die eine sol-

che Nutzung letztlich ermöglichen. Weiter klärungsbedürftig, weil kaum expliziert, dürfte hier der Begriff des „Nicht-Modernen“ (und auch der Moderne) sein, wie auch im ersten Teil nicht klar genug spezifiziert wird, dass die begrifflichen Bestimmungen sich nur auf bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften beziehen und zumal die gesamte Problematik einer möglichen Übertragung solcher Kategorien auf nicht-kapitalistische Gesellschaften unausgesprochen ausgespart bleibt. Die Frage des indigenen Wissens ist jedoch kein Gelehrten-Arkanum. Sie ist beispielsweise unmittelbar mit den akuten Probleme der geistigen Eigentumsrechte verknüpft, die – etwa im Fall von Saatgut – von Bereichen indigenen Wissens nicht abzutrennen sind.

Anhand der Verhandlungsprozesse über die Produkte der Gentechnik lässt sich weiter zeigen, dass gerade hier „der Umgang mit wissenschaftlicher Unsicherheit und damit mit der *Nicht-Identität der Natur* eindeutig den Strategien zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit *untergeordnet*“ wird (280). Vor diesem Hintergrund erscheinen „die real existierenden Strukturen des ‘globalen Regierens’ der Biodiversität als ein ‘Netzwerk internationaler Regulation’“ und „Ausdruck der Internationalisierung des Staates“ (281) unter dem steigenden Druck der Inwertsetzung natürlicher einschließlich genetischer Ressourcen. Dies belegt Görgs Grundthesen von der Vermachtung und vom Herrschaftscharakter staatlich geregelter Naturverhältnisse im Fordismus ebenso wie – bei gesteigertem öffentlichem Problembewusstsein – eben auch im Postfordismus. Das Neue an der „postfordistischen Restrukturierung“ ist vor allem in einer „neuen Form der Biopolitik“ zu sehen, „die sich auf die Kontrolle und die industrielle Verwertung von Leben richtet“ (293).

Minimalprojekt „unabhängiges Denken“

Die von Görg eingeklagten gesellschaftlichen Lernprozesse werden abschließend noch einmal in die Perspektive „auf ein widersprüchliches Verhältnis zur Natur, auf Natur als ein nichtidentisches Implikat sozialer Prozesse“ (301) gestellt. Bedenkt man alle von ihm breit entwickelten Konsequenzen, so können angesichts der „Grenzen sozial-ökologischer Gestaltung“ (300), wie sie in den analysierten Verhandlungsprozessen und Abkommen so deutlich hervortreten, solche Lernprozesse vorderhand nur ein Minderheitenprojekt des „Einspruchs“ „lokal verankerte(r) Akteure, ... WissenschaftlerInnen oder NGO-AktivistInnen“ sein (300f). Für das abschließend mit Horkheimer geforderte „unabhängige Denken“ als „einzige(r) Weg, der Natur beizustehen“ (301), ist dieses Buch jedoch ein eindrucksvolles und überaus anregendes Plädoyer. Es macht nicht nur deutlich, dass Fragen von Natur und Gesellschaft letztlich Grundsatzfragen gesellschaftlicher Kategorien betreffen und dass diese Kategorien ohne eine solche Reflexion bestenfalls einseitig und partikular bleiben müssen. Es zeigt sich auch, dass die Untersuchung sowohl von Naturkonzepten wie von konkreten Umgangsweisen

mit Natur ebenfalls letztlich zu kurz greift, wenn sie sich dieser anspruchsvollen Bezüge nicht wenigstens bewusst ist. Wie andererseits sowohl die Untersuchung von Naturkonzepten als auch von Formen der Nutzung von Natur oder des konkreten Naturbezugs gezeigt hat, bedeutet dies nicht, dass die Perspektive der „Natur der Gesellschaft“ etwa alle relevante Erkenntnis versperrte. Sie ist jedoch ihrerseits der aufklärenden Kritik bedürftig, und Görg vermittelt nachdrücklich nicht nur die Gründe dafür, sondern trassiert auch ein gutes Stück der notwendigen Wegstrecke.

Erwähnte weitere Literatur

- Altwater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster.
- Arnold, David (1996): *The Problem of Nature*. Oxford & Cambridge.
- Crosby, Alfred W. (1991): *Die Früchte des weißen Mannes: ökologischer Imperialismus 900 – 1900*. Frankfurt a.M. & New York.
- Groh, Ruth & Dieter (1991): *Weltbild und Naturaneignung. Zur Kulturgeschichte der Natur*. Frankfurt a.M.
- Groh, Ruth & Dieter (1996): *Die Außenwelt der Innenwelt. Zur Kulturgeschichte der Natur 2*. Frankfurt a.M.
- Hettne, Björn (Hg.) (1995): *International Political Economy: Understanding Global Disorder*. Halifax: Nova Scotia/Cape Town/Dhaka/London & New Jersey.
- Hirsch, Joachim (2001): „Die Internationalisierung des Staates.“ In: ders.; Jessop, Bob; Poulantzas, Nicos: *Die Zukunft des Staates*. Hamburg, S. 101-138.
- Köbler, Reinhart (1998): *Entwicklung*. Münster.
- Latour, Bruno (1995): *Wir sind nie modern gewesen*. Berlin.
- O'Connor, James (1988): „Capitalism, Nature and Socialism: A Theoretical Introduction,“ in: *Capitalism, Nature, Socialism* 1/1988.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*. Neuauflage. Hamburg.
- Thompson Edward P. (1985): *Whigs and Hunters. The Origin of the Black Act*. Harmondsworth.

Anschrift des Autors:

Reinhart Köbler

r-koessler@gmx.de